

Sachbearbeitung	KOST - Koordinierungsstelle Großprojekte		
Datum	13.05.2022		
Geschäftszeichen			
Beschlussorgan	Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt	Sitzung am 12.07.2022	TOP
Behandlung	öffentlich	GD 198/22	

Betreff: Landesgartenschau 2030: Wettbewerbsauslobung der Daueranlagen
- Bericht und Beschluss -

Anlagen: Auslobung Teil A und B (Anlage 1)
- elektronisch -

Antrag:

1. Den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.
2. Der Wettbewerbsausschreibung zuzustimmen. Die Finanzierung der Sachkosten erfolgt im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets über die vorabdotierte Position Wiederkehrendes Landesgartenschau im jeweiligen Haushaltsjahr und steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit aller zu erfüllender städtischer Aufgaben und der Beschlussfassung des Haushaltsplans 2023 durch den Gemeinderat.

Harald Walter

Zur Mitzeichnung an:	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des Gemeinderats:
BM 1, BM 2, BM 3, C 3, LI, OB, SAN, SUB, VGV, ZSD/HF	Eingang OB/G
	Versand an GR
	Niederschrift §
	Anlage Nr.

Sachdarstellung:

Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:

ja

Auswirkungen auf den Stellenplan:

nein

MITTELBEDARF			
INVESTITIONEN / FINANZPLANUNG (Mehrjahresbetrachtung)		ERGEBNISHAUSHALT [einmalig / laufend]	
PRC: Projekt / Investitionsauftrag:		PRC: 1110-700 Auftrag: L70011100103	
Einzahlungen	€	Ordentliche Erträge	
		<i>davon Auflösung Sonderposten</i>	
Auszahlungen	€	Ordentlicher Aufwand	200.000 €
		<i>davon Abschreibungen</i>	
		Kalkulatorische Zinsen (netto)	
Saldo aus Investitionstätigkeit	€	Nettoressourcenbedarf	200.000 €
MITTELBEREITSTELLUNG			
<u>1. Finanzhaushalt 2023</u>		2022 ff.	
Auszahlungen (Bedarf):	€	innerhalb Fach-/Bereichsbudget bei PRC1110-700, L70011100103 über die vorabdotierte Position Wiederkehrendes Landesgartenschau	200.000 €
Verfügbar:	€		
Ggf. Mehrbedarf	€	fremdes Fach-/Bereichsbudget bei: PRC	
Deckung Mehrbedarf bei PRC			
PS-Projekt 7	€	Mittelbedarf aus Allg. Finanzmitteln	
bzw. Investitionsauftrag 7	€		
<u>2. Finanzplanung 2024 ff</u>			
Auszahlungen (Bedarf):	€		
i.R. Finanzplanung veranschlagte Auszahlungen	€		
Mehrbedarf Auszahlungen über Finanzplanung hinaus	€		
Deckung erfolgt i.R. Fortschreibung Finanzplanung			

1. Beschlüsse, Berichte und Anträge aus dem Gemeinderat

1.1. Beschlüsse und Berichte

Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt am 12.12.2017, GD 445/17
Bewerbung für eine Landesgartenschau 2026 - 2030
- Beschluss der Machbarkeitsstudie -

Internationaler Ausschuss am 02.10.2018, GD 337/18
Landesgartenschau 2030
- Bericht zur Bewerbung und zum weiteren Vorgehen -

Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt am 07.05.2019, GD 075/19 Landesgartenschau 2030
- Bericht über die Projektstruktur und weiteres Vorgehen -

Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt am 10.12.2019, GD 466/19 Landesgartenschau 2030, Glacissteg
- Bericht und Grundsatzbeschluss -

Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt am 30.06.2020, GD 097/20 Landesgartenschau 2030,
- Bericht zu den Ergebnissen der Planungswerkstatt und zur weiteren Öffentlichkeitsarbeit -

Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt am 04.05.2021, GD 117/21 Landesgartenschau 2030,
- Bericht zu den Verkehrsuntersuchungen, Grundsatzbeschluss zur Neuorganisation des Verkehrs am Ehinger Tor -

Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt am 04.05.2021, GD 118/21 Landesgartenschau 2030,
- Sachstandsbericht zur Wallstraßenbrücke und Brücke über das Blaubeurer Tor und Beschluss weiterer Maßnahmen -

Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt am 22.06.2021, GD 184/21
Landesgartenschau 2030
- Bericht zur Bürgerbeteiligung in 2021 -

Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt am 22.06.2021, GD 183/21
Landesgartenschau 2030
- Beschluss zum Rahmenplanentwurf als Grundlage der Öffentlichkeitsbeteiligung -

Internationaler Ausschuss am 27.10.2021, GD 384/21
Landesgartenschau 2030
- Verfahren zur Bürgerbeteiligung -
Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt am 15.12.2021, GD 455/21
Landesgartenschau 2030
- Bericht zum Sachstand und zu den Ergebnissen der Öffentlichkeitsarbeit -

Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und
Umwelt am 22.03.2022, GD 065/22

Landesgartenschau 2030

- Beschluss Rahmenplan und Vorbereitung des Wettbewerbsverfahrens -

1.2. Anträge

Unerledigte Anträge aus dem Gemeinderat liegen nicht vor.

2. LGS Ulm 2030 – Wettbewerb der Daueranlagen

Beauftragung Wettbewerbsmanagement und Rechtsberatung

Bei der Ausschreibung des Wettbewerbsmanagements für das Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem nicht-offenen landschafts- und verkehrsplanerischer Ideen- und Realisierungswettbewerb für die Daueranlagen der "Landesgartenschau Ulm 2030" haben von sieben angefragten Büros, drei ein Angebot abgegeben. Das Büro arc.grün aus Kitzingen hat das günstigste Angebot abgegeben und den Zuschlag über die Summe von rund 73.000 € brutto erhalten. Die Leistungen bestehen in der Projektorganisation, der Erstellung und Fortschreibung des Ausschreibungsterminplans sowie des Kostenplans, der Vorbereitung und Durchführung des Wettbewerbs und abschließend der Durchführung des Verhandlungsverfahrens.

Im Büro arc.grün arbeiten Stadtplaner*innen und Landschaftsarchitekt*innen. Der für den Wettbewerb in Ulm zuständige Geschäftsführer ist Stadtplaner und Landschaftsarchitekt. Das Büro hat bereits zahlreiche Bundesgartenschauen und Landesgartenschauen als Partner bei der Durchführung von Wettbewerben begleitet und weist eine hohe Kompetenz auf. Unter anderem die LGS 2018 Würzburg, LGS 2023 Fulda, BUGA 2023 Mannheim - Grünzug Nordost, BUGA 2021 Erfurt, Ausstellungskonzept Petersberg. Durch bundesweite Preisrichtertätigkeiten und Mitgliedschaft in Wettbewerbsausschüssen der Architektenkammer sind die Bearbeiter*innen wettbewerbs- und vergaberechtlich auf aktuellem Stand.

Zur rechtssicheren Durchführung des Verfahrens und Vergabe der Planungsleistungen wurde zusätzlich auf Anraten der Zentralen Vergabestelle VOB (ZVOB) ein Fachanwalt für Vergaberecht hinzugezogen. RA Mag. rer. publ. Tobias Osseforth der Kanzlei Luther Rechtsanwalts-gesellschaft mbH München hat die Stadt Ulm in der Vergangenheit bereits mehrfach kompetent beraten.

Wettbewerbsverfahren

Bei dem Wettbewerb handelt es sich um einen anonymen, nichtoffenen einstufigen, einphasigen, landschafts-, verkehrsplanerischen Realisierungswettbewerb mit teilweise städtebaulichen Ideenteilen.

Teilnahmeberechtigung und Auswahl

Teilnahmeberechtigt sind Teams aus Landschaftsarchitekt*innen in bindender Zusammenarbeit mit Ingenieur*innen der Fachrichtung Verkehrsanlagenplanung. Stadtplaner*innen sind als Mitverfasser in Bergergemeinschaft mit Landschaftsarchitekt*innen zugelassen.

Die Teilnehmerzahl des Wettbewerbs ist auf 30 Teilnehmende begrenzt. 6 Teams werden direkt benannt und eingeladen. Bei drei Teilnehmern handelt es sich um die Büros, die an der Planungsworkstatt im Januar 2020 teilgenommen haben:

- ASTOC ARCHITECTS AND PLANNERS/Karlsruhe, ARGUS Stadt und Verkehr/Hamburg, Planstatt Senner/Überlingen
- asp Architekten/Stuttgart, StetePlanung/Darmstadt, TREIBHAUS Landschaftsarchitektur/Hamburg
- Machleidt Städtebau und Stadtplanung/Berlin, SHP Ingenieure/Hannover, sinai Gesellschaft von Landschaftsarchitekten/Berlin

Außerdem zwei renommierte Büros aus Berlin und eines aus München:

- Atelier Loidl, Berlin mit N.N. Verkehrsanlagenplaner
- Planorama, Berlin mit N.N. Verkehrsanlagenplaner
- Lohrer+ Hochrein, München mit N.N. Verkehrsanlagenplaner

Gegenstand des Wettbewerbs und Wettbewerbsgebiet

Ausgelobt wird der Wettbewerb für die Daueranlagen der Landesgartenschau. Die Planung der Veranstaltung im Jahr 2030 ist nicht Aufgabe des Wettbewerbs. Hierzu wird, sofern dies erforderlich ist, später ein separates Verfahren auf Grundlage der dann vorliegenden Entwürfe der Daueranlagen durchgeführt werden. Es soll nun ein Wettbewerb von der Wilhelmsburg bis zur Donau durchgeführt werden. Der Rahmenplan umfasst rund 42 ha Planungsgebiet (GD 065/22). Der Wettbewerb beinhaltet nicht den gesamten Rahmenplan. Die Wilhelmsburg und die Umgebung der Burg sind nicht Teil des Wettbewerbsgebiets, da die Gestaltungsmöglichkeiten hier zum einen wegen vorliegender Planungen und zum anderen wegen des Natur-, Arten- und Denkmalschutzes eingeschränkt sind. Der Bereich wird jedoch während der LGS eine wichtige Rolle spielen. Der westliche Burggraben wird im Ideenteil bearbeitet.

Im Wettbewerb kann die Frage der Erschließung der Burg nicht geklärt werden. Nachdem eine Erschließung mittels Seilbahn, Standseilbahn oder Zahnradbahn wegen der Eingriffe innerhalb der Festungsanlagen ausgeschlossen werden kann, ist dies auch nicht relevant für die Freiraumplanung. Die Erschließungsfrage wird derzeit im Rahmen eines Mobilitätskonzepts unter Federführung der SAN geklärt.

Die Gesamtfläche von ca. 33,5 ha teilt sich auf in Realisierungsteile von 22,5 ha und Ideenteile von 11,0 ha. In den Realisierungs- und Ideenteilen sind insgesamt ca. 22,5 ha Freianlagen und 5 ha Verkehrsanlagen zu planen. Die verbleibenden Flächen sind Verkehrsanlagen der B 10, die in die Planungen zu übernehmen sind.

Mit dem Rahmenplan gelingt es insgesamt rund 14.000 m² bisherige Straßenverkehrsfläche zu reduzieren/entsiegeln und damit das Freiraumangebot in weitgehend zusammenhängenden Flächen zu erweitern (Blaubeurer Tor 7.000 m², Söflinger Kreisel 950 m², Ehinger Tor 6.300 m²).

Preisgericht

Für die Jury konnten sechs externe Fachpreisrichter*innen und weitere drei stellvertretende Fachpreisrichter*innen gewonnen werden. BM Tim von Winning wird als Fachpreisrichter dabei sein. Neben fünf Landschaftsarchitekt*innen sind zwei Verkehrsplaner sowie eine Architektin und ein Architekt und Stadtplaner vertreten. Dadurch werden sämtliche Fachdisziplinen, die für die Beurteilung der Wettbewerbsergebnisse erforderlich sind abgedeckt.

Sachpreisrichter*innen der Fraktionen, BM Iris Mann und ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) ergänzen das Gremium.

Sachverständige Berater*innen vertreten die Abteilungen VGV, VGV/GF, KOST, BS, KA sowie das Landesamt für Denkmalpflege LAD. Die Fördergesellschaft für die Baden-Württembergischen Landesgartenschauen bw.grün ist mit ihrem Geschäftsführer vertreten.

Termine

07. Juli 2022	Preisrichtervorbesprechung
12. Juli 2022	Behandlung im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt
18. Juli 2022	Bekanntmachung der Auslobung
30. August 2022	Eingang der Bewerbungen

12. September 2022	Auswahl der Teilnehmenden
20. Oktober 2022	Kolloquium
30. Januar 2023	Abgabe Wettbewerbsarbeiten
10./11. März 2023	Preisgerichtssitzung 2-tägig
ab 12. März 2023	Ausstellung der Wettbewerbsbeiträge

3. Ausgewählte Planungsschwerpunkte

Nicht alle Planungsthemen konnten im Rahmenplan abschließend grundsätzlich geklärt werden. Insbesondere zu den nachfolgenden Punkten werden Vorschläge zur weiteren Planung erwartet.

3.1. Kienlesbergbastion und Burggraben

Im Bereich Kienlesbergbastion erschwert die Topografie eine barrierefreie Erschließung insbesondere von der Bus- und Straßenbahnhaltestelle Lehrer Tal. Mögliche Wegebeziehungen, Gefälle und Rahmenbedingungen wurden vorab untersucht. Wesentlich für die zusammenhängende Erschließung und Erlebbarkeit der Bundesfestung ist die Zuwegung von Süden in den westlichen Graben. Dafür ist eine Verlagerung der Schützengilde erforderlich. Eine rein barrierefreie Erschließung wird wegen der komplexen topografischen Bedingungen nicht überall möglich sein. Ziel ist es, die Kienlesbergbastion und den Graben möglichst vielfältig zugänglich zu machen.

3.2. Unterführung Söflinger Straße

Die Machbarkeitsuntersuchungen der Verkehrsplanung hat ergeben, dass die Reduktion der Fahrspuren und Änderung der Straßenführung eine oberirdische Querung der Söflinger Straße ermöglichen. Auf die wenig attraktive Unterführung unter der Söflinger Straße kann verzichtet werden. Im Rahmen des Fachbeirats wurde dieser Vorschlag kontrovers diskutiert. Mehrere Vertreter*innen der Interessen von Radfahrenden, Senior*innen, Kindergartenkindern und Schüler*innen halten die Unterführung für wichtig. Zum weiteren Vorgehen mit der Unterführung wird sich die Verwaltung nach Vorliegen des Wettbewerbsergebnisses erneut mit den Beiräten und den betreffenden Gemeinderatsgremien austauschen.

3.3. Haltestelle Ehinger Tor

Die Haltestelle ist mit rund 15.000 Fahrgästen täglich die wichtigste Umsteigehaltestelle im ÖPNV-Netz. SWU-Verkehr plant mittelfristig die Ausweitung des Angebots mit zusätzlichen Linien und höherer Taktung und dem dazu notwendigen Ausbau der Haltestelle. Im Ideenteil des Wettbewerbs sollen grundsätzliche städtebauliche und stadträumliche Dispositionen für die künftige Neuordnung des Areals untersucht werden.

3.4. Bebauung Hans-und-Sophie-Scholl-Gymnasium

Die Frage einer Bebauung nach der Landesgartenschau wurde im BürgerForum kontrovers diskutiert. Stadträumlich ist eine bauliche Fassung des Straßenraums am Bismarckring und an der Zinglerstraße und dadurch eine vom Straßenlärm beruhigte Platzgestaltung zur Schule hin wünschenswert. Andererseits wurden für eine unbebaute Grünfläche Vorzüge hinsichtlich des Mikroklimas und der Stärkung der Vernetzung der Grünräume sowie der Sichtbarkeit des historischen Schulgebäudes eingeräumt. Konsens ist, dass es bis 2030 keine Bebauung geben wird. Im Wettbewerb soll ein städtebaulicher und freiraumplanerischer Entwurf im Ideenteil eine nachgelagerte Diskussion erleichtern.

3.5. Lärmschutzwände im Zusammenhang mit dem Neubau der Adenauerbrücke

Die Anforderungen an die Lärmschutzwände an den Ehinger Anlagen und an der Oberen Donaubastion im Zusammenhang mit dem Neubau der Adenauerbrücke werden vom Bauherrn der Adenauerbrücke, dem Staatlichen Bauamt Krumbach vorgegeben. Hier gibt es Konflikte zwischen den Erfordernissen des Lärmschutzes, des Städtebaus, einer möglichst ansprechenden Gestaltung und dem Baumerhalt. Im Wettbewerb werden Aussagen zur Vereinbarkeit der Anforderungen des Bauherrn und der gestalterischen und stadträumlichen Wirkung der bis zu 7 m hohen Lärmschutzwände erwartet.

3.6. Wegebeziehungen zwischen Großer Ehinger Anlage und Donau

Im Bereich des sogenannten "Zick-Zack-Stegs" und der Wegeführung an der erneuerten Adenauerbrücke gibt es noch offene Fragen:

Ist ein barrierefreier Weg von den Ehinger Anlagen unter der Adenauerbrücke für den Fuß- und Radverkehr möglich? Wie soll künftig die Anbindung ans Donauufer erfolgen? Mittelfristig soll der "Zick-Zack-Steg" bestehen bleiben. Welche Möglichkeiten der Anbindung ans Donauufer bestehen darüber hinaus? Die neue Adenauerbrücke wird beidseits Geh- und Radwege erhalten. Wie kann die Adenauerbrücke in die bestehenden Wege eingebunden werden?

Die Klärung der Fragen ist bis zur Ausgabe des Wettbewerbs nicht möglich. Grundsätzlich stellt sich aus heutiger Sicht die Frage, ob die Fertigstellung der Adenauerbrücke mit ausreichendem Zeitvorlauf zur LGS möglich ist, um die Daueranlagen rechtzeitig fertig zu stellen. Der Abschnitt wird daher im Ideenteil in Varianten bearbeitet.

4. Auslobung

In der Anlage befinden sich Teil A Auslobungsbedingungen und Teil B Aufgabenstellung der Auslobung. Die dort formulierten Inhalte und Anforderungen werden im Rahmen der Preisrichtervorbesprechung am 7. Juli 2022 erörtert.

5. Weiteres Vorgehen / nächste Schritte und Beschlüsse

Die Bekanntgabe der Auslobung ist für den 18. Juli 2022 geplant. Nach dem Bewerbungsverfahren startet der Wettbewerb Ende September und endet Ende Januar. Nach der Vorprüfung findet am 10. März 2023 die Preisgerichtssitzung im Dreifaltigkeitssaal des Hauses der Begegnung statt. Die Wettbewerbsarbeiten sind danach bis zum 19. März für die Öffentlichkeit ausgestellt. Eine dauerhafte Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse an der LGS-Ausstellung am Ehinger Tor ist geplant. Mit Vertreter*innen der prämierten Büros findet im Anschluss an den Wettbewerb ein VgV (Vergabeverordnungs-) Verfahren zur Vergabe der Planungsleistungen statt.

6. Kosten und Finanzierung

Die gesamten Wettbewerbskosten (Durchführung des Wettbewerbes, Wettbewerbsmanagement, etc.) werden auf rd. 500.000 € geschätzt.

Im Ergebnishaushalt 2022 sind 200.000 € von den geplanten 579.000 € zur Finanzierung des Wettbewerbs vorgesehen. Für den Ergebnishaushalt 2023 wurden 740.000 € angemeldet, davon 300.000 € Wettbewerbskosten.

Die Finanzierung der Sachkosten erfolgt im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets über die vorabdotierte Position Wiederkehrendes Landesgartenschau im jeweiligen Haushaltsjahr und steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit aller zu erfüllender städtischer Aufgaben und der Beschlussfassung des Haushaltsplans 2023 durch den Gemeinderat.